

Niederschrift

Gremium: Kreistag
Sitzungs-Nr.: 21 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 06.07.2005
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 16.00 Uhr **Ende:** 19.47 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:	Seite:
1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	6
2 Genehmigung der Niederschrift über die zwanzigste Sitzung des Kreistages am 27.04.2005	6
3 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses	6
4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages	6
5 Verbesserung der Lehrerversorgung im Landkreis Cuxhaven hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.05.2005 Sitzungsvorlage Nr. 113/2005	6
6 Gesetz zur modellhaften Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume a) hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.06.2005 Sitzungsvorlage Nr. 150/2005 b) hier: Gesetzesentwurf Sitzungsvorlage Nr. 150a/2005	7
7 Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Bereich der Landkreises Cuxhaven hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 08.06.2005 Sitzungsvorlage Nr. 151/2005	8
8 Kürzung der Aufwandsentschädigung für Kreistag und Ausschüsse hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2005 Sitzungsvorlage Nr. 152/2005	8
9 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates Sitzungsvorlage Nr. 100/2005	9
10 Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Taxen im Landkreis Cuxhaven (Taxenordnung) vom 09. Dezember 1999 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 27. Juni 2001 Sitzungsvorlage Nr. 95/2005	9
11 Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 134/2005	9
11.1 Erster Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 135/2005 und 108/2005	12

	Seite:
11.2 Erster Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005 Erster Nachtrag zur Stellenübersicht des Regiebetriebes Interner Servicebetrieb für das Wirtschaftsjahr 2005 Erster Nachtrag zur Stellenübersicht der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 106/2005	12
11.3 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 123/2005	12
11.4 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 136/2005	13
11.5 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 137/2005	13
11.6 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 138/2005	13
12 Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004 Sitzungsvorlage Nr. 132/2005	14
13 Überörtliche Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg Sitzungsvorlage Nr. 133/2005	14
14 Kündigung des Vertrages zwischen dem Landkreis Cuxhaven und dem Betreuungsverein für den Landkreis Cuxhaven e. V. Sitzungsvorlage Nr. 112/2005	14
15 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes Sitzungsvorlage Nr. 103/2005	14
16 Verwaltungsrat der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln hier: Benennung eines neuen ordentlichen Mitgliedes Sitzungsvorlage Nr. 131/2005	15
17 Kreditangelegenheiten	15
17.1 Verbilligung von Festzinskrediten durch Zinssicherungsvereinbarung Sitzungsvorlage Nr. 139/2005	15
17.2 Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2005 Sitzungsvorlage Nr. 140/2005	15
18 Fragestunde	15
19 Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse	16
20 Anregungen und Beschwerden	16
21 Einwohnerfragestunde	16

Anwesend waren:

- 1 Kreistagsabgeordneter Dageförde, Uthlede, als Vorsitzender

die Kreistagsmitglieder

- 2 Landrat Bielefeld, Cuxhaven
- 3 Kreistagsabgeordneter Bensen, Beverstedt
- 4 Kreistagsabgeordnete Frau Bergen, Cuxhaven
- 5 Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
- 6 Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
- 7 Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven (bis 19.10 Uhr – TOP 11)
- 8 Kreistagsabgeordneter Döschner, Köhlen
- 9 Kreistagsabgeordneter Dubbert, Hechthausen
- 10 Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen
- 11 Kreistagsabgeordneter Ferlemann, Cuxhaven (bis 18.50 Uhr – TOP 11)
- 12 Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
- 13 Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf
- 14 Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel
- 15 Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
- 16 Kreistagsabgeordneter Grell, Hechthausen
- 17 Kreistagsabgeordneter Grube, Hemmoor
- 18 Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf
- 19 Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
- 20 Kreistagsabgeordnete Frau Hansmann, Lintig
- 21 Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven
- 22 Kreistagsabgeordneter Johannßen, Otterndorf
- 23 Kreistagsabgeordneter Jüchtern, Schiffdorf
- 24 Kreistagsabgeordneter Kaliske, Loxstedt
- 25 Kreistagsabgeordneter Köster, Loxstedt
- 26 Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
- 27 Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe
- 28 Kreistagsabgeordneter Lutz, Wremen
- 29 Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
- 30 Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt
- 31 Kreistagsabgeordneter McAllister, Bad Bederkesa (bis 19.35 Uhr – TOP 20)
- 32 Kreistagsabgeordneter Meyer, Wingst
- 33 Kreistagsabgeordneter Meyn, Lamstedt
- 34 Kreistagsabgeordneter Nesper, Cadenberge
- 35 Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
- 36 Kreistagsabgeordneter Peters, Wanna
- 37 Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
- 38 Kreistagsabgeordneter Raulff, Cuxhaven
- 39 Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
- 40 Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt
- 41 Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven
- 42 Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor (ab 17.20 Uhr – TOP 8)
- 43 Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
- 44 Kreistagsabgeordneter Schröder, Cuxhaven
- 45 Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven (bis 19.10 Uhr – TOP 18)
- 46 Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum
- 47 Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven (ab 16.20 Uhr – TOP 5)
- 48 Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz (bis 19.00 Uhr – TOP 12)
- 49 Kreistagsabgeordneter Steinberg, Cuxhaven
- 50 Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf
- 51 Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen
- 52 Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt
- 53 Kreistagsabgeordneter Wegener, Cuxhaven
- 54 Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf
- 55 Kreistagsabgeordneter Wrede, H., Loxstedt
- 56 Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen
Kreisrat Gesterling
Kreisrätin Frau Jahns
Kreisrat Redeker
Gleichstellungsbeauftragte Frau Becker
Kreisoberamtsrat Wohltmann
Kreisamtsrat Meyer als Protokollführer
Kreisinspektorin z. A. Frau Jark

Außerdem:

Presse und Zuhörer

Folgende Kreistagsabgeordnete fehlten entschuldigt:

- 57 Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt
- 58 Kreistagsabgeordneter Feldmann, Otterndorf
- 59 Kreistagsabgeordneter Harten, Cuxhaven
- 60 Kreistagsabgeordneter Kowalewski, Midlum
- 61 Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
- 62 Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
- 63 Kreistagsabgeordnete Frau Schwertfeger, Hagen
- 64 Kreistagsabgeordnete Frau Vockert, Schiffdorf

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Dageförde eröffnete um 16.00 Uhr die einundzwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Mitglieder des Kreistages zu dieser Sitzung frist- und formgerecht eingeladen seien. Von 64 Mitgliedern des Kreistages seien zu Beginn der Sitzung 54 anwesend. Der Kreistag sei beschlussfähig.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die zwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 27.04.2005

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die zwanzigste ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 27.04.2005 wird genehmigt.

Punkt 3: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Vorsitzender Dageförde verlas den Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses. Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 4: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages

Landrat Bielefeld erklärte, die Beschlüsse seien alle ausgeführt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 5: Verbesserung der Lehrerversorgung im Landkreis Cuxhaven
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.05.2005
Sitzungsvorlage Nr. 113/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Abg. Dubbert begründete den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Anlass sei die Presseberichterstattung über mehr als 60 Absagen von Lehrern gewesen, eine Feuerwehrestelle in Lamstedt zu übernehmen. Die Antwort auf die von ihm gestellte Anfrage zu dem Thema habe insoweit Klarheit gebracht, als der Eindruck, den die Presseberichterstattung vermittle, falsch sei. Für die Absagen habe es durchaus triftige Gründe gegeben. Fakt sei jedoch gleichwohl, dass das Umfeld für potentielle Lehrkräfte im Landkreis nicht attraktiv sei. Der Landkreis sollte sich gegenüber diesen Bewerbern positiv darstellen und für sich werben, das sei die Intention seines Antrages gewesen. Diese Werbung müsse nicht viel kosten, ggf. sei schon ein Gespräch ausreichend, in dem dem Bewerber die Vorteile der Berufsausübung in einer Hauptschule des Landkreises gegenüber der Arbeit in einer Hauptschulkasse in einer Großstadt vor Augen geführt werde. Die Landesverwaltung solle damit keineswegs aus ihrer Zuständigkeit entlassen werden.

Abg. Tobias äußerte angesichts des touristischen Erfolges des Umfeldes Unverständnis über die Verweigerung von Lehrern, im Landkreis zu arbeiten. Bei der Einschätzung der Arbeitsbedingungen schloss er sich den Ausführungen des Abg. Dubbert an. Das Land sollte prüfen, inwieweit der Dienstherr nicht im Rahmen des Beamtenverhältnisses lenkend wirken könne. Er schlug vor, den Antrag zur weiteren Diskussion in den Schulausschuss zu verweisen.

Abg. Bensen wies darauf hin, dass die Ablehnungen sich ausschließlich auf befristete Feuerwehrestellen beziehen. Der Schulrat habe kürzlich vor der Elternschaft ausgeführt, dass alle ausgeschriebenen Stellen im

Landkreis Cuxhaven besetzt worden seien. Wenn dies nicht reiche, sei die Anzahl der festen Stellen das Problem. Schwierig gestalte sich außerdem die Besetzung der Stellen mit den richtigen Fächern. Zudem hätten die Haupt- und Realschulen nicht in gleichem Maße wie die Gymnasien von der Erhöhung der Lehrerstellen profitiert.

Abg. McAllister ging darauf ein, dass aus verschiedenen Gründen die Unterrichtsversorgung an der Haupt- und Realschule Lamstedt unakzeptabel war. Man habe deshalb schnellstmöglich Kontakt mit der Landes- schulbehörde aufgenommen und sich um den Einsatz einer Feuerwehrlehrkraft bemüht. Die Zahl der Absagen sei in der Tat außergewöhnlich hoch und man müsse darüber nachdenken, wie man diesem Problem beamtenrechtlich begegnen könne. Das strukturelle Problem der Unterrichtsversorgung bestehe allerdings schon seit Jahren und sei auch von der Vorgängerregierung nicht gelöst worden. Die Ansiedlung des Lehrerausbildungsseminars in Cuxhaven sei ein richtiger Schritt gewesen.

Abg. Johannßen stellte klar, dass der Antrag ungeachtet der Zuständigkeit des Landes Image fördernde Maßnahmen zum Ziel habe. Das Lehrerseminar sei dabei durchaus hilfreich gewesen. Viel hilfreicher für die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung wäre allerdings die Einrichtung von weiteren festen Lehrerstellen.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der Antrag wird zur Beratung in den Schulausschuss verwiesen.

Punkt 6: Gesetz zur modellhaften Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume

- a) hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.06.2005
Sitzungsvorlage Nr. 150/2005
- b) hier: Gesetzesentwurf
Sitzungsvorlage Nr. 150a/2005

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Abg. Dubbert begründete den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Es falle auf, dass das Etikett des Gesetzesentwurfes mehrfach geändert worden sei. Am Ende sei wenig übrig geblieben. Die Ideen seien beharrlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik behandelt worden. Es gehe aber auch anders, so habe der Landkreis Emsland seine Bürger aufgefordert, sich zu beteiligen. Bei der Veränderung von Fristen und der Verminderung von Beteiligungsrechten müsse man prüfen, ob dies sinnvoll und praktikabel sein wird. Seine Hauptsorge gelte jedoch der Tatsache, dass Eingriffe in die Leistungsqualität vorgenommen worden seien. Die Kommunen würden durch Freiwilligkeit in der Ausgestaltung der Leistung in eine andere Rechtstellung gedrängt. In seinen Augen sei damit der Einstieg in die Zweiklassengesellschaft erfolgt. Der Vorschlag des Abg. Götjen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, komme zwei Jahre zu spät, um heute eine qualifizierte Diskussion zu führen.

Landrat Bielefeld zeigte die Historie des Gesetzesentwurfes auf. Eine Diskussion der verwaltungsseitig angestoßenen Vorschläge in der kommunalpolitischen Ebene wäre derzeit verfrüht, da im Gesetzgebungsverfahren des Landtags noch über die Rahmenbedingungen diskutiert werde.

Abg. Frau Ritzenhoff führte aus, der Gesetzesentwurf habe sie nicht überzeugt. Die Möglichkeit einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung sehe sie darin nicht. Es gäbe ein paar Änderungen bei Zuständigkeiten und Fristen, die Festschreibung des Konnexitätsprinzips erfolge jedoch nicht. Auffällig seien die Einschnitte bei den Gesetzen betreffend die Spielplätze, Kindertagesstätten und Schulen. Dies unterlaufe die Beteiligung der Eltern- und Schülervertreter im Schulausschuss.

Abg. McAllister unterstrich, dass zwischen dem, was beim Landkreis Cuxhaven entwickelt worden sei, und dem Gesetzgebungsverfahren des Landes gewiß ein Unterschied bestehe. Erst jetzt nach der Einbringung des Entwurfes in den Landtag könne man über das Gesetz diskutieren. Zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes werde es ein Anhörungsverfahren geben, in dem sich die Kommunalen Spitzenverbände und die betroffenen Kommunen äußern können. Der Gesetzesentwurf sei das Ergebnis monatelanger konstruktiver Zusammenarbeit der Staatskanzlei mit den kommunalen Spitzenverbänden und den betroffenen Kommunen. Der Argumentation des Abg. Dubbert könne er deshalb nicht folgen. Die Debatte zeige im übrigen, wie schwierig Bürokratieabbau sei.

Abg. Wegener kritisierte, von der Idee eines anderen Verhältnisses zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung und Bürgern und Unternehmen, die hinter dem Projekt Bürger-STAAT-Niedersachsen gestanden habe, bleibe in dem Gesetzesentwurf nichts übrig. Es würden einige entbehrliche Vorschriften mit marginalem

Einsparungspotential gestrichen, der Paradigmenwechsel zu einer Verantwortungsübertragung und Gestaltungsfreiheit von der staatlichen Ebene auf die Kommunen bei der Aufgabenerfüllung finde nicht statt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 7: Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber im Bereich der Landkreises Cuxhaven
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 08.06.2005
Sitzungsvorlage Nr. 151/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Abg. Frau Ritzenhoff begründete den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen. Der Antrag habe zum Ziel, die Anzahl der im Landkreis lebenden Flüchtlinge und deren Status zu vergegenwärtigen. Die Einzelschicksale einzelner ausreisepflichtiger Familien seien oftmals nicht zu verstehen. Sie wolle erreichen, dass man sich hinter die in der eigenen Gemeinde lebenden Betroffenen stelle.

Abg. Frau Faße gab zu bedenken, dass der Aufenthalt von Ausländern in Deutschland auf unterschiedlicher Basis beruhe. Man habe Gesetze geschaffen, bei denen man davon ausgehe, dass sie den Menschen auch gerecht werden. Gleichwohl sei im Einzelfall mit den Schicksalen schwer umzugehen, insbesondere bei geduldeten Kriegsflüchtlings, bei denen eigentlich klar sei, dass irgendwann der Zeitpunkt der Rückkehr kommen werde. Dies müsse im Einzelfall menschlich gehandhabt werden.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 8: Kürzung der Aufwandsentschädigung für Kreistag und Ausschüsse
hier: Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.06.2005
Sitzungsvorlage Nr. 152/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 8 der Tagesordnung.

Abg. Frau Ritzenhoff begründete den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen. Sie bat, statt der im Antrag formulierten 20 %-igen Kürzung 10 % einzusetzen, dies entspreche einem früheren gleich lautenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Die Arbeit der Kreistagsabgeordneten werde durch die Haushalts-sperre vermindert, weil die gesperrten Haushaltsstellen tabu seien für politische Überlegungen. Die Tagesordnungen einiger Fachausschüsse unterstrichen ihre Behauptung. In diesem Zusammenhang sei an anderer Stelle ggf. auch über die Zusammenlegung von Ausschüssen zu diskutieren.

Abg. Wegener kündigte an, die SPD-Kreistagsfraktion werde den Antrag unterstützen. Das gleiche Ziel habe die SPD-Kreistagsfraktion bereits in der Haushaltsdebatte verfolgt. Im Rahmen der allgemeinen Konsolidierungsbemühungen und pauschalen Kürzungen in anderen Bereichen sei es nur folgerichtig, diese Kürzung vorzunehmen.

Abg. Götjen erklärte für die CDU-Kreistagsfraktion, man werde den Antrag ablehnen. Gerade in Zeiten hoher Haushaltsdefizite sei das ehrenamtliche Engagement der Kreistagsabgeordneten in den Fachausschüssen um so mehr gefragt. Der Entschädigungssatz sei seit 13 Jahren unverändert. Für die Werbung um ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommunalpolitik sei die Beibehaltung des bisherigen Satzes unverzichtbar.

Abg. Johannßen wies auf viele andere Bereiche ehrenamtlicher Tätigkeit hin, in denen auch Kürzungen vorgenommen werden müssten. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass der Landkreis Cuxhaven mit seinen Entschädigungssätzen im Vergleich zu anderen Landkreisen des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg oberen Bereich angesiedelt sei.

Abg. Tobias bezeichnete die Ausführungen als populistisch. Er schäme sich nicht für den Erhalt der Aufwandsentschädigung. Die Antragsbegründung entbehre jeder Logik. Die Diskussion schade der Kommunalpolitik mehr als sie nütze.

Abg. Schröder verglich den Entschädigungssatz mit dem Unterstützungssatz eines Hartz IV – Empfängers. Dieses Verhältnis sei auch zu berücksichtigen. Im Zuge aller anderen Kürzungen sei eine Änderung der Aufwandsentschädigung nur sachgerecht.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei zwei Enthaltungen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Punkt 9: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates
Sitzungsvorlage Nr. 100/2005

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 9 der Tagesordnung.

Abg. Nesper wies darauf hin, dass der Gebührensatz in Höhe von 90,- € nicht kostendeckend sei. Gleichwohl hätten Fachausschuss und Kreisausschuss übereinstimmend empfohlen, keine Gebührenerhöhung vorzunehmen. Das zunehmende Ausweichen auf private Unterkünfte stelle für den Bestand des Internates ein Problem dar, das durch eine Gebührenerhöhung verschärft würde. Positiv sei zu vermerken, dass man inzwischen weitere Fachwerksklassen habe einrichten können.

Abg. Robbert ergänzte, die Berufsschule Cadenberge mit ihrer zentralen Beschulung und ihrem eigenen Charme sei ein Aushängeschild für den Landkreis Cuxhaven. Der Standard der Unterbringung sei jedoch verbesserungswürdig. Diejenigen, die auf eine private Unterkunft auswichen, seien nicht mehr zurück zu gewinnen. Die Entscheidung, von einer Erhöhung der Gebühren abzusehen, sei deshalb trotz der Haushaltslage richtig.

Abg. Frau Ritzenhoff regte an, das soziale Engagement in dem Haus zu erhöhen, um den Auszubildenden neben der fachlichen Ausbildung auch andere Dinge mit auf den Weg zu geben und die Attraktivität des Hauses zu steigern.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 100/2005 beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates wird mit Ausnahme des Art. 1 beschlossen.

Punkt 10: Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Taxen im Landkreis Cuxhaven (Taxenordnung) vom 09. Dezember 1999 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 27. Juni 2001
Sitzungsvorlage Nr. 95/2005

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 10 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 95/2005 im Entwurf beigefügte „Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Verkehr mit Taxen im Landkreis Cuxhaven“ wird beschlossen.

Punkt 11: Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 134/2005

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11 sowie der dazugehörigen Unterpunkte der Tagesordnung und schlug vor, diese Punkte in der Beratung zusammen zu fassen und anschließend einzeln darüber abzustimmen.

Der Kreistag nahm zustimmend Kenntnis.

Landrat Bielefeld erläuterte den Entwurf des Nachtragshaushaltes 2005. Die Rede des Landrates zur Einbringung des Nachtragshaushaltes ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Abg. Götjen kündigte an, die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen. Die wegen der Rückzahlung aus dem Quotalen System relativ moderat ausfallende Erhöhung der Verschuldung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass man im nächsten Jahr um eine Erhöhung der Kreisumlage nicht umhin komme. Trotzdem sei erkennbar, dass sich auch mit kleinen Veränderungen der richtige Weg einschlagen lasse, dies werde auch die kommunale Prüfungsanstalt zur Kenntnis nehmen. Diesen Weg werde man auch ohne Unterstützung der SPD-Kreistagsfraktion fortsetzen.

Abg. Frau Ritzenhoff äußerte, der Nachtragshaushalt sei von einigen unsicheren Faktoren gekennzeichnet. An den Unwägbarkeiten der Hartz IV – Umsetzung treffe den Landkreis kein Verschulden. Die Erstellung der Sperrliste im Zusammenhang mit der Haushaltssperre durch den Landrat zeichne sich jedoch durch Ungerechtigkeiten aus.

Abg. Johannßen beklagte die fehlende Nachvollziehbarkeit der mehrfach korrigierten Zahlen für den Finanzierungsbedarf bei der Hartz IV – Umsetzung. Solange der Sparwille nicht konsequenter verfolgt werde und auch in der Öffentlichkeit die politische Verantwortung dafür nicht übernommen werde, werde die SPD-Kreistagsfraktion die Haushaltspolitik nicht mittragen. Hinsichtlich des Stellenplanes beantrage er, der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses, für die Jugendhilfestation Otterndorf eine weitere Sozialarbeiterstelle einzuplanen, entgegne des Beschlusses des Kreisausschusses zu folgen.

Abg. Schröder konstatierte, angesichts der finanziellen Situation gerate die eingangs geführte Diskussion über die Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume zur Farce. Handlungsspielräume gäbe es de facto kaum noch. Verursacht sei dies durch die Steuerpolitik des Bundes, Spitzensteuersätze und Unternehmensbesteuerung zu senken. Das Verhältnis von Kassenkrediten zu Investitionen und Einnahmen sei unglaublich. Unter diesen Umständen auch noch das Wenige, was übrig bleibe, wegzukürzen, sei unvorstellbar.

Abg. Berghorn erklärte, er habe in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses den Antrag gestellt, die zusätzliche Stelle eines Sozialarbeiters in den Stellenplan aufzunehmen. Die Gründe seien vielschichtig. Der Amtsleiter des Amtes Jugendhilfe habe darstellen können, dass sich die Stellenbesetzung unter Berücksichtigung der Ersparnis durch gezielte und frühzeitige Prävention und durch nicht in Anspruch genommene stationäre Unterbringung kostenneutral realisieren lasse. Die Zusage des Landrates, die Problematik auch ohne Ausweitung des Stellenplanes zu lösen, habe er jedoch nach Diskussion in der Fraktion zum Anlass genommen, darauf zu verzichten.

Abg. Wegener sprach den Konsolidierungsbemühungen der CDU-Kreistagsfraktion die Ernsthaftigkeit ab. Für das Haushaltsjahr 2005 beschränkten sich diese auf die halbe Stelle der Frauenbeauftragten und die Erweiterung der Beförderungsgrenzen beim Schülertransport. Auch die Ablehnung, die Auswirkungen der Haushaltssperre in den Nachtragshaushalt aufzunehmen, zeige den mangelnden Konsolidierungswillen der CDU-Kreistagsfraktion. Er werde erneut beantragen, den Nachtragshaushalt entsprechend anzupassen. Er halte das Instrumentarium der durch den Landrat angeordneten Haushaltssperre, dazu noch diktiert durch die Kommunalaufsicht, darüber hinaus für rechtswidrig, weil das Budgetrecht beim Kreistag liege. Ihn ärgere außerdem, dass bei der Planung der Hartz IV – Finanzierung immer noch mit Zahlen gerechnet werde, die nicht gesichert seien. Nach seiner Auffassung werde Hartz IV auch den Landkreis entlasten und dies würde bei einer neutralen Darstellung der Fakten auch deutlich werden.

Abg. Frau Goede zeigte sich enttäuscht über den Vortrag des Abg. Berghorn. Seine Meinungsänderung sei eine Rolle rückwärts. Der Jugendhilfeausschuss habe seine Beschlussempfehlung einstimmig gegeben. Vor dem Rückgriff auf andere Jugendhilfestationen könne sie nur ausdrücklich warnen. Die Arbeit der Controllingstelle habe den dringenden Handlungsbedarf offen gelegt. Die Kosten der fehlenden Betreuung werden die Einsparungen durch die Nichtbesetzung der Stelle um ein Vielfaches übersteigen. Sie beantrage deshalb erneut, die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen.

Landrat Bielefeld entgegnete, in der Abwägung bei der Aufstellung des Stellenplanes sei man zu der Auffassung gelangt, das Problem zunächst mit dem vorhandenen Personalbestand zu lösen. Dabei habe auch eine Rolle gespielt, dass es durch die Übernahme des Jugendamtes der Stadt Cuxhaven zu einer erheblichen Ausweitung der Stellen in diesem Bereich kommen könnte.

Abg. Frau Krause-Behrens stellte fest, dass wegen der globalen Betrachtungsweise des Haushalts immer wieder wichtige Bereiche wie Bildung, Kindergärten, Jugendliche und Kinder übersehen würden. Jüngstes Beispiel sei die Streichung der Mittel für die Ganztagschulen. Wenn keine Lehrer zur Verfügung stünden und die Schulen kein Budget erhielten, könne man keine Ganztagschule anbieten.

Abg. Gerken wies ein Versäumnis in der Jugendhilfe durch die Samtgemeinde Hadeln zurück. Die geschilderten Probleme seien dort nicht bekannt. In den Bereichen Jugend und Sport sei Otterndorf geradezu vorbildlich. Es müsse deshalb geklärt werden, ob nicht Fälle aus dem Bereich der Samtgemeinden Am Dobrock

und Sietland die Jugendhilfestation Otterndorf belasteten. Um übrigen halte er das Verhältnis der Kosten für die hauptamtlichen Jugendpflege zu denen der Sportförderung für nicht mehr stimmig.

Der Vorsitzende erteilte Abg. Frau Faße das Wort.

Abg. Ferlemann beantragte Schließung der Rednerliste. Vorsitzender Dageförde erklärte, ihm lägen noch 5 Wortmeldungen vor. Nach dem Beitrag der Abg. Frau Faße werde er über den Antrag abstimmen lassen.

Abg. Frau Faße bezeichnete den Nachtragshaushalt als schwammig. Es müsse genau geklärt werden, welche Entlastung die Gemeinden und welche Belastung der Landkreis durch den Rückfall der Sozialhilfe an den Landkreis erfahre und ob die Erhöhung der Kreismulage um 1 % diese Belastung abdecke. Dies sei nicht zu verwechseln mit den durch Hartz IV verursachten Geld- und Leistungsströmen. Innerhalb weniger Wochen sei es hier zu gravierenden Änderungen bei dem vorgelegten Zahlenmaterial gegeben, die noch klärungsbedürftig seien.

Abg. Peters schloss sich den Ausführungen zur Situation der Jugendhilfestation Otterndorf inhaltlich voll an, das Ziel der personellen Verstärkung habe er deshalb unterstützt. Der Landrat habe hierfür jedoch einen anderen Weg aufzeigen können. Das Klientel, das der wirtschaftlichen Jugendhilfe bedürfe, werde von der Vereinsarbeit nicht erfasst, insoweit stehe das durch den Abg. Gerken hervorgehobene vorbildliche Angebot der Samtgemeinde Hadeln nicht im Widerspruch zu den ermittelten Fallzahlen der Jugendhilfestation Otterndorf.

Abg. Frau Bergen missbilligte, dass die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses derart untergraben werde. Dies entwerte die konstruktive Arbeit dieses Fachausschusses. Jeder müsse wissen, dass Prävention sich immer auszahle. Sie plädiere deshalb dringend dafür, die befristete Stelle eines Sozialarbeiters in den Stellenplan aufzunehmen.

Abg. Dubbert bewertete den Lösungsvorschlag des Landrates als fachpolitisch und finanzpolitisch verfehlt. Die fachliche Einschätzung des Jugendhilfeausschusses gerate damit zum reinen Lippenbekenntnis.

Abg. McAllister wies die Kritik der Abg. Krause-Behrens an dem Verzicht auf die Ganztagschulen zurück. Das Programm der Bundesbildungsministerin Bulmahn beschränke sich auf die notwendigen Baumaßnahmen. Den Personalmehrbedarf mit den entsprechend hohen Kosten berücksichtige sie jedoch nicht. Bisher sei noch nicht einmal die Unterrichtsversorgung am Vormittag gesichert. Er sei enttäuscht, dass im Landkreis Cuxhaven es keine einzige Schule schaffe, ein Nachmittagsangebot ohne weiteres Personal zur Verfügung zu stellen.

Abg. Frau Goede bedauerte die einseitige Sicht, die der Landrat im Hinblick auf die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses offenbare. Sie forderte den Landrat auf, öffentlich eine Lösung des Personalproblems anzubieten, die den Personalbestand der anderen Jugendhilfestationen nicht beeinträchtigt.

Landrat Bielefeld widersprach dem ausdrücklich. Die Stelle sei in dem Verwaltungsentwurf des Stellenplanes nicht enthalten. Wenn der Kreistag eine zusätzliche Stelle beschließe, sei er zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, diese Stelle zu besetzen. Das Problem werde überhöht, es habe Lösungsüberlegungen innerhalb der Verwaltung gegeben.

Der Vorsitzende ließ zunächst über die Anträge abstimmen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, die Auswirkungen der Haushaltssperre im Nachtragshaushalt aufzunehmen, wird abgelehnt.

Der Kreistag beschloss mit 28 Stimmen bei 24 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, im Stellenplan eine zusätzliche Stelle eines Sozialarbeiters auszuweisen, wird abgelehnt.

**11.1 Erster Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 135/2005 und 108/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.1 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Der mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtrag zum Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**11.2 Erster Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005
Erster Nachtrag zur Stellenübersicht des Regiebetriebes Interner Servicebetrieb für das Wirtschaftsjahr 2005
Erster Nachtrag zur Stellenübersicht der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 106/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.2 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Die als Anlagen zur Sitzungsvorlage Nr. 106/2005 übersandten Ersten Nachträge zum Stellenplan des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2005, zur Stellenübersicht des Internen Servicebetriebes und zur Stellenübersicht für die „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ für das Wirtschaftsjahr 2005 werden in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**11.3 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 123/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.3 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Der mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Internen Servicebetriebes des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**11.4 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 136/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.4 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaft des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**11.5 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 137/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.5 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei 3 Gegenstimmen:

Der mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Kreisstraßen und Verkehrsinfrastruktur des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**11.6 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 138/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 11.6 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss einstimmig bei einer Enthaltung:

Der mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtrag zum Wirtschaftsplan der „Integrationshilfen Arbeitsmarkt“ des Landkreises Cuxhaven für das Wirtschaftsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

Im Anschluss an die Einzelbeschlüsse zum Haushalt ließ der Vorsitzende über die Haushaltssatzung abstimmen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit:

Die mit Schreiben vom 10.06.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandte Erste Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 wird in der Fassung der mit Schreiben vom 01.07.2005 den Kreistagsmitgliedern übersandten „Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: I. Nachtragshaushaltssatzung/I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005“ beschlossen.

**Punkt 12: Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004
Sitzungsvorlage Nr. 132/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Der Jahresabschluss des Landkreises Cuxhaven für das Haushaltsjahr 2004 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 13: Überörtliche Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg
Sitzungsvorlage Nr. 133/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 13 der Tagesordnung.

Abg. Schröder wies auf die Ausführungen des Kommunalprüfungsamtes zu den Aufwendungen für die Flughafenbetriebsgesellschaft Cuxhaven-Nordholz mbH hin. Er sah dringenden Handlungsbedarf, um eine weitere Verschuldung zu vermeiden.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Das wesentliche Ergebnis der überörtlichen Prüfung beim Landkreis Cuxhaven durch das Kommunalprüfungsamt der Bezirksregierung Lüneburg und die Stellungnahme des Landrates werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 14: Kündigung des Vertrages zwischen dem Landkreis Cuxhaven und dem Betreuungsverein für den Landkreis Cuxhaven e. V.
Sitzungsvorlage Nr. 112/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 14 der Tagesordnung.

Abg. Frau Bergen erläuterte die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung. Aufgrund gesetzlicher Änderungen werde der Betreuungsverein nicht mehr benötigt.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der Vertrag mit dem Betreuungsverein für den Landkreis Cuxhaven e. V. vom 19.05.1993 wird zum nächstmöglichen Termin gekündigt.

**Punkt 15: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
Sitzungsvorlage Nr. 103/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 15 der Tagesordnung.

Abg. Guthahn erklärte, die sich aus dem Auslegungsverfahren ergebenden Anregungen und Bedenken seien berücksichtigt worden; dabei sei darauf geachtet worden, dass keine zusätzlichen Kosten entstehen. Das Konzept sei in sich schlüssig und ein Glanzpunkt der Verwaltungs- und Ausschussarbeit.

Der Kreistag beschloss einstimmig bei einer Enthaltung:

Das Abfallwirtschaftskonzept 2005 – 2009 wird in der ergänzten Form beschlossen.

**Punkt 16: Verwaltungsrat der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln
hier: Benennung eines neuen ordentlichen Mitgliedes
Sitzungsvorlage Nr. 131/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 16 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Auf Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wird der Abgeordnete Saul als ordentliches Verwaltungsratsmitglied der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln entsandt.

Punkt 17: Kreditangelegenheiten

**17.1 Verbilligung von Festzinskrediten durch Zinssicherungsvereinbarung
Sitzungsvorlage Nr. 139/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 17.1 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Zur weiteren Senkung der Zinsbelastung bestehender Kreditmarktdarlehen des Landkreises Cuxhaven, die bis zum 15.12.2007 zur Zinsanpassung anstehen, können Zinssicherungsinstrumente eingesetzt werden. Hierbei ist das Instrument zu wählen, das in der Gesamtbelastung bis zum Ende der Laufzeit am kostengünstigsten ist. Der Landrat wird ermächtigt, in diesem Rahmen Kreditverträge zu den jeweils erreichbaren günstigsten Bedingungen abzuschließen. Dem Kreistag sind die Kreditgeber und Bedingungen in der darauf folgenden Sitzung mitzuteilen.

**17.2 Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2005
Sitzungsvorlage Nr. 140/2005**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 17.2 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

Zur Deckung des voraussichtlichen Kreditbedarfes in der Zeit von Anfang Juli 2005 bis Ende Dezember 2005 wird die Aufnahme von Krediten vom Kreditmarkt bis zu einer Höhe des in der Nachtraghaushaltssatzung festgelegten Betrages von voraussichtlich 3.405.100,00 € zzgl. des Haushaltseinnahmerestes aus dem Jahr 2004 in Höhe von 8.234.619,15 € zu einem Höchstzinssatz von 10 v. H. und einer max. Laufzeit von 30 Jahren sowie die Aufnahme von Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von 2.105.500,00 € beschlossen.

Der Landrat wird ermächtigt, in diesem Rahmen Kreditverträge zu den jeweils erreichbaren günstigsten Bedingungen abzuschließen. Dem Kreistag sind die Kreditgeber und die Bedingungen in der darauf folgenden Sitzung mitzuteilen.

Punkt 18: Fragestunde

Es wurden lagen keine Anfragen vor.

Punkt 19: Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse

Es wurden keine Fragen gestellt.

Punkt 20: Anregungen und Beschwerden

Anregungen und Beschwerden lagen nicht vor.

Punkt 21: Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Vorsitzender Dageförde schloss die öffentliche Sitzung des Kreistages um 19.35 Uhr.

Im Anschluss an die öffentliche Kreistagssitzung fand eine nichtöffentliche Sitzung des Kreistages statt.

Bielefeld
Landrat

Dageförde
Vorsitzender

Meyer
Kreisamtsrat
als Protokollführer